

Der Mythos vom Anderssein

Canan Atilgan

„Integration ist keine Einbahnstraße“ lautet die Beschwörungsformel, wenn es um den dringend notwendigen Mittelweg zwischen assimilatorischer Angleichung und identitätsfixierter Abschottung von Einwanderern geht. Gemeint ist also, dass Integration von jeder Seite ein bestimmtes Maß an Kompromissbereitschaft verlangt, Maximalforderungen, sei es nach Identitätsbewahrung, sei es nach Anpassung, fehl am Platze sind. Dieser inzwischen unverzichtbare Spruch jeder politischen Ansprache ist zu einer selbst bezogenen Interessendurchsetzungsformel degeneriert: Steigert die deutsche Politik ihren Assimilationsdruck, indem sie immer wieder die Integrationsunfähigkeit der „Ausländer“ in der ersten bis zur dritten Generation beklagt, so bemängeln Wortführer der Migranten eine glaubwürdige konzeptionell gestaltete deutsche Integrationspolitik. Da stehen sie nun wie zwei Antagonisten, der eine am Beginn, der andere am Ende der ungenutzten „Straße“. Das Interesse an konstruktiver Zusammenarbeit und Dialog scheint gering, weil das Wort in Politik und Medien verantwortungslos zerredet und zu einem inhaltslosen Schlagwort gemacht wurde.

Dahinter steht das Grundproblem einer teilweise bewusst herbeigeführten Begriffsverwirrung, die aus der unterschiedlichen Definition und Perzeption von Integration resultiert und unweigerlich unterschiedliche Erwartungshaltungen auf beiden Seiten provoziert. Eine Begriffsklärung erscheint erforderlich. Das

mittlerweile abgenutzte und viel zu sehr politisierte Abstraktum „Integration“ erweist sich als unzureichend, den angestrebten *Modus vivendi* zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Bevölkerungsteilen ausländischer Herkunft gehaltvoll zu beschreiben. Der „Inlands-Ausländer“ weiß häufig nicht, was ganz konkret von ihm erwartet wird, um seinen Integrationsprozess erfolgreich abzuschließen. Seine Alltagserfahrungen sowie die Art und Weise, in der die Diskussion auf politischer sowie gesellschaftlicher Ebene geführt wird, bestärken seinen Assimilationsverdacht. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wiederum glaubt, vom „Ausländer“ unauffälliges Verhalten im öffentlichen Leben einfordern zu dürfen. Sie erwartet die Entwicklung des Migranten zum Musterbürger dieses Staates. In der Frage, inwieweit Angehörige anderer Kulturkreise hier nach ihren Überzeugungen und Gewohnheiten leben dürfen und ob und wie weit sie sich an die einheimische Kultur anpassen müssen, schwankt die Gesellschaft derzeit zwischen der Furcht, fremde Identitäten imperialistisch zu unterdrücken, und der Furcht, der eigenen Identität beraubt zu werden.

Eine ernst gemeinte, kohärente Integrationspolitik muss die gesellschaftlichen Bedingungslagen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung einerseits und in der Migrantenbevölkerung andererseits berücksichtigen und darauf aufbauend einen Prozess der gezielten Annäherung einleiten.

Die entscheidende Voraussetzung für das Gelingen des allein schon aus staatlichem Eigeninteresse erstrebten Miteinanders ist die soziale Offenheit – das betrifft die Ebene des persönlichen und sozialen Verkehrs, also die Abwesenheit von Vorurteilen und Diskriminierung. Im öffentlichen Diskurs sind Vorurteile wie die Annahme einer Arbeitsplatzkonkurrenz oder die Gefahr einer demographischen und kulturellen Überfremdung der Bundesrepublik verbreitet. Häufig führen diese Einstellungen zu direkter oder indirekter Diskriminierung von Migranten als Kunden von Banken oder Versicherungen, als Arbeitnehmer in Betrieben, Wohnungssuchende bei Maklern und Vermietern oder als Antragsteller bei Behörden. Es spricht für sich, dass Wohnungen in einem Gebäude, das überwiegend von Ausländern bewohnt ist, an Verkaufswert verlieren. Diskriminierungen können verschiedene Arten und Intensitäten aufweisen, sie können beabsichtigt oder unbeabsichtigt, offenkundig oder versteckt und unmittelbar oder mittelbar sein. In den letzten Jahren werden die Migranten jenseits ihrer alltäglichen Ausgrenzungserfahrungen mit offenem Rassismus, mit aggressiver Diskriminierung durch rechtsextremistisch, ausländergefeindlich und rassistisch motivierte Gewaltanschläge konfrontiert.

Von der Kultur- zur Willensnation

Hier vor allem ist die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft gefordert. Sie hat noch nicht wirklich nachvollzogen, dass sich Deutschland längst zu einer multiethnischen Gesellschaft entwickelt hat. Während formaljuristisch, beispielsweise durch Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes, ein Wandel von der Kulturnation hin zur Willensnation stattfindet, bleibt die Fiktion der Einheit von Volk, Nation, Geschichte, Sprache und Staat, das heißt das ethnische Prinzip, im gesellschaftlichen Bewusst-

sein weiterhin präsent. In der Konsequenz existiert trotz vierzigjähriger Migrationsgeschichte eine trennende Mauer in den Köpfen. Die Skepsis gegenüber „Fremden“, seien es altansässige oder neu Zuwandernde, bleibt ein konstanter Faktor, der eher mit subjektiver Befindlichkeit als mit objektiven Verhältnissen korrespondiert. Dies betrifft allen voran die türkische Bevölkerungsgruppe, die als größte und eigentümlichste Gruppe im Bewusstsein der Öffentlichkeit für den Begriff des „Ausländers“ in seiner problematischen Form steht; sie steht für die „Ausländer“, die kein tätiges Bekenntnis zur deutschen Kultur und Lebensart erkennen lassen. Das Bild der türkischen Migranten wird vom jugendlichen Gewalttäter, nicht vom Jurastudenten geprägt. Aber auch sprachlich und strukturell „integrierte“ oder gar „assimilierte“ Personen der zweiten und dritten Generation werden in ihren – vor allem der im Zuge der Globalisierung viel gefragten – interkulturellen Kompetenzen weder anerkannt noch gefördert, sondern immer noch auf ihr „Anderssein“ reduziert. Unabhängig vom Status wird man ständig gefragt, woher man kommt, ob man nicht zurück in die „Heimat“ möchte. Mit einer Art ethnischen Brille wird nach der Abstammung gesucht. Ein selbstverständlicher Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, die inzwischen in Deutschland beheimatet sind, fehlt.

Die deutsche Gesellschaft muss sich mit der Frage auseinander setzen, was sie fünfzig Jahre nach der Gründung der Republik und zehn Jahre nach der Wiedervereinigung mit dem Begriff des Nationalen verbindet und ob sie den Willen hat, gemeinsam mit den „Neubürgern“ unterschiedlicher ethnischer Herkunft Teil einer neuen Nation zu werden – in dieser Frage benötigen auch die Migranten eine gewisse Eindeutigkeit. Ansonsten verkommt die Erneuerung des Begriffes der Nation zu einer ausschließlich intellektu-

ellen Beschäftigung ohne eine nachhaltige Wirkung auf die Deutschen und die Migranten und folglich für deren Zusammenleben.

Vor diesem Hintergrund ist das gesellschaftliche Klima viel wichtiger als jede formaljuristische Maßnahme. Insbesondere, wenn es um die Akzeptanz von Migranten als gleichberechtigten Partnern geht, muss eine Bewusstseinswende stattfinden, die einen Neubeginn bei den Lösungsstrategien erst möglich macht. Dies ist gewiss ein kultureller Prozess, wo alte Kräfte mit neuen Kräften im Widerstreit und Konflikt stehen. Der Erfolg hängt im Wesentlichen von der Versachlichung der viel zu emotional geführten Debatte einerseits und von ihrer Stützung durch politisch positiv besetzte Signale andererseits ab.

Die Politik muss hier werben, aufklären, überzeugen und die in Teilen der Bevölkerung durchaus vorhandene Bereitschaft, sich für die Integration von Zuwanderern zu engagieren, mobilisieren. Solange sich die Parteien in den Fragen um Integration und Migration nicht um überparteiliche Strategien bemühen, sondern populistische Attacken betreiben, werden diese Fragen als Teil des politischen Kampfes die Konflikte auf der gesellschaftlichen Ebene noch verschärfen. Tatsache ist, dass von offizieller Seite bis dato in Bezug auf Maßnahmen für die Steigerung der Aufnahmebereitschaft der deutschen Mehrheitsgesellschaft Zurückhaltung geübt wurde. Entsprechend groß ist heute das Spannungsfeld, in dem politische Entscheidungen getroffen werden: das Spannungsfeld zwischen dem, was politisch gewollt und wissenschaftlich begründet ist, nämlich aktive Integration mit gezielten Angeboten, und dem, was die Mehrheitsbevölkerung mitzutragen bereit ist. Auf kaum einem anderen Feld ist öffentliche Zustimmung so wichtig. Das hat man spätestens bei der Staatsbürgerschaftsreform gesehen.

Auf der Seite der Kontrahenten findet ein Prozess der Abschottung und der Selbstausgrenzung statt, der mit dem Schlagwort „Re-Ethnisierung“ etikettiert wird. Immer häufiger fallen in diesem Zusammenhang Begriffe wie „Parallelgesellschaft“ oder „Getto“. In erster Linie wird so die Lebenssituation der türkischen Bevölkerungsgruppe beschrieben. In der Tat hat die Einwanderungsgeschichte in Deutschland eine türkische Infrastruktur geschaffen, die es den Türken möglich macht, ein von der deutschen Gesellschaft losgelöstes, autonomes Leben zu führen.

Etablierung von Parallelgesellschaften

Türkische Läden, Diskos, Dienstleistungsanbieter – von türkischen Ärzten bis hin zu Anwaltskanzleien – machen im Alltag den Verzicht auf Kontakt mit den Deutschen möglich. Ein fester Bestandteil der eigenen Infrastruktur sind eigene Medien. Das bedeutet aber nicht, dass parallel zur Ethnisierung keine Assimilierungs- und Akkulturationsprozesse innerhalb der Gruppe stattfinden. Es gibt durchaus unterschiedliche Anpassungsprozesse, die von Assimilation, die einer völligen Aufgabe der ursprünglichen Identität gleichkommt, bis hin zum permanenten Widerstand gegen die bundesdeutsche Gesellschaft reichen. Dennoch bilden die türkischen Migranten – allein aufgrund ihrer quantitativen Stärke und ihres kulturellen Hintergrundes – ein deutlich abgegrenztes Milieu, das Wirtschaftskonzerne inzwischen als attraktive Kundenschicht entdeckt haben und mit Großanzeigen in türkischen Zeitungen beispielsweise zu erreichen suchen. Es steht also außer Frage, dass sich Parallelgesellschaften etabliert haben – und zwar nicht nur türkische. Ein ähnlicher Prozess ist bei Aussiedlern zu beobachten, die Deutsche sind, aber dennoch nicht wirklich dazugehören. Es wäre zu einfach ge-

dacht, wollte man diese Entwicklung mit „Unfähigkeit zur Integration“ erklären, wie es häufig geschieht. Die fehlende gesellschaftliche Anerkennung wirkt hier als entscheidender Katalysator.

Politisch relevant wird die Parallelgesellschaft für Staat und Gesellschaft allerdings, wenn sie sich – wie im Falle der türkischen Bevölkerungsgruppe – zu einem Kriterium der politischen Abgrenzung steigert, die sich in eigenständigen politischen Organisationen und Weltbildern ausdrückt. Das hängt in erster Linie mit der noch nicht erfolgten rechtlichen und politischen Gleichstellung zusammen. Jenseits von Selbstorganisationen, die als institutionelle Antwort auf die Bedürfnisse der Migranten im Einwanderungskontext entstanden sind und in erster Linie kulturelle und religiöse Betreuungssowie Vermittlungsfunktionen wahrnehmen, haben sich in Entsprechung zu gesellschaftlichen Separationslinien im Herkunftsland politische Großorganisationen etabliert, die innerhalb der türkischen Bevölkerung auf relativ große Resonanz stoßen.

Ausbau von Wertunterschieden

Indem sie ihre Klientel auf ideologisch-politische Weltanschauungen festlegen, wirken diese Organisationen jedoch hindernd auf die soziale und kulturelle Integration. Norm- und Wertunterschiede zur deutschen Mehrheitsgesellschaft werden ausgebaut. Dies gilt in erster Linie für Islamisten sowie für kurdische und türkische Nationalisten.

Insofern ist es angebracht, von Parallelgesellschaften innerhalb der Parallelgesellschaft zu sprechen. Die politischen Organisationen fungieren aber nicht nur als Identitätsstifter in der ethnisch-politischen Nische, sondern profilieren sich auch als Interessenvertretungsverbände ihrer Gefolgsleute gegenüber Staat und Gesellschaft in Deutschland in Sachen politischer und rechtlicher Gleichstellung.

Als selbstständige Lobbygruppen kämpfen sie um Teilhabe an gesellschaftlicher Macht und politischem Einfluss. Insofern sind sie nicht mehr nur als „Objekte“ der Politik zu sehen, sondern müssen als „Subjekte“ in Betracht gezogen werden.

Die Gesamtschau ergibt: Migranten – auch gleicher Herkunft – sind keine homogene Gruppe. Ihre Eingliederung in die Sozialstruktur oder aber auch in die Sozialkultur der deutschen Mehrheitsgesellschaft hat unterschiedliche Ausgangsbedingungen. Daher kann es keine Pauschalrezepte für ihre Integration geben. Eine differenzierte Herangehensweise tut Not. Jenseits der Ethnisierung und Gettoisierung findet vornehmlich bei der zweiten und dritten Generation, die sprach- und handlungskompetent ist, ein erfolgreicher Integrationsprozess statt. Daher darf für sie der soziale und kulturelle Zustand, in dem sich die Eltern oder Großeltern befunden haben, nicht fortgeschrieben werden. Diese junge Generation muss in ihren Errungenschaften anerkannt und gefördert werden, damit sie als Multiplikator die Eingliederung ihresgleichen vorantreiben kann. Das heißt, hier liegt es an der Mehrheitsgesellschaft, diesen Prozess zu unterstützen, indem sie die jungen Menschen als Inländer akzeptiert und sie nicht aufgrund ihrer Herkunftskultur als „die anderen“ ausgrenzt.

Ein anderer Integrationsansatz ist für diejenigen zu entwickeln, die Ausgrenzungserfahrungen durch Selbstausgrenzung verarbeiten. Ihre gemeinsamen Lebensbereiche mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung beschränken sich auf Arbeitsplatz und Schule. In anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie beispielsweise bei Freizeitaktivitäten, findet kaum Interaktion statt. Hier ist es jedoch wenig hilfreich, fehlenden Integrationswillen oder -fähigkeit zu beklagen. Die Existenz von „Parallelgesellschaften“ muss als Einsicht Eingang in die Diskus-

sion finden, und zwar nicht im Sinne einer zusätzlichen Problematisierung und Politisierung, sondern als etabliertes soziales System, zu dem ein Zugang gefunden werden muss, um die Räume des Zusammenlebens mit der Mehrheitsgesellschaft zu erweitern. Gesellschaftliche und politische Gruppen, Medien und Kulturschaffende sind hier aufgerufen, einen echten Austausch mit Migranten und deren Selbstorganisationen zu verwirklichen. Das bedeutet, dass die Themen nicht auf Grenzen der Migrantenkultur und der Integrationsproblematik beschränkt bleiben dürfen, sondern alle Bereiche erfassen sollten, um die Entwicklung einer wahren sozialen und kulturellen Beziehung zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft zu forcieren. Dies kann nur mit der Dialektik vom Bewahren des Eigenen und Sich-Öffnen für das andere gelingen. Dafür muss die offene Identität auf beiden Seiten gefördert werden. Diese kann man aber nur erlangen, wenn man sich wirklich mit anderen Kulturen auseinander setzt.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Sinne der Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichen Organisationen zu, zwischen deutschen und ausländischen Vereinen beziehungsweise anderen Formen von Selbstorganisationen, die Basisarbeit leisten. Durchaus denkbar sind gemeinsame Aktionen zu sozialen und gesellschaftlichen Themen, die nicht nur die Migranten, sondern die gesamte Gesellschaft betreffen. Vor allem können Vereine Frauen- und Kindergruppen zusammenführen. Gerade Frauen müssen in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden, auch aufgrund ihrer zentralen Stellung bei der Erziehung der Kinder. Etwas anders gelagert ist sicherlich die Situation von Frauen, die im Rahmen von Familienzusammenführung nach Deutschland kommen. Über das entscheidende Instrument zur Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft, nämlich die Sprache,

verfügen sie meistens nicht. Ihre Kinder wachsen mit der Herkunftssprache auf. Zumindest sprachlich fängt die Integration dann oft bei null an mit der Konsequenz schlechter Zukunftschancen in Sachen Bildung und Beruf. In Anbetracht der Tatsache, dass Familienzusammenführungen stattfinden und legitim sind, erweisen sich Überlegungen, Deutschkenntnisse zur Einreisebedingung zu machen, als nicht haltbar. Dienlicher erscheint hier der weitere Ausbau von Kursen in Deutschland, die Kenntnisse über Sprache und Gesellschaft vermitteln.

Eine außerordentlich wichtige Ebene, die spezifische Integrationsbemühungen erfordert, ist die der angesprochenen „politischen Gettos“. Vornehmlich als Ableger politischer Strömungen in der Türkei erfüllen die als extremistisch eingestuften politischen Organisationen auch wichtige soziale Funktionen für ihre Anhänger, indem sie über das Politische hinaus kulturelle, religiöse, aber auch Bildungs- und Freizeitangebote unterbreiten. Sie bieten ihren Sympathisanten inzwischen ein geschlossenes Sozialsystem. Quasi als „Staat“, als „Familie“ in Deutschland begünstigen sie ein Alternativleben in der Gettogemeinde, zu deren Wortführer sie sich profilieren. In Anbetracht des multifunktionalen Charakters der Aktivitäten wäre es verfehlt, ihre recht große Attraktivität in Teilen der türkischen Bevölkerungsgruppe allein mit politisch-ideologischen Identifikationen in Zusammenhang zu bringen. Der „Erfolg“ dieser Organisationen ist primär sozialen Ursprungs und bezieht sich weniger auf das soziale Kriterium. Erst in der Konsequenz orientieren sich viele an einem ideologisch begründeten Selbstwertgefühl und Gemeinschaftsdenken.

Vor diesem Hintergrund lautet die entscheidende Frage: Wie kann es dem deutschen Staat gelingen, den Zugang zu diesen Menschen zu finden? Eine rechtliche Gleichstellung muss nicht zwangs-

läufig auch den Gebrauch dieser Rechte in Form einer Umorientierung von herkunftspolitischer zu aufenthaltspolitischer Betätigung nach sich ziehen. Gewiss werden soziale, bildungspolitische und politische Integrationsangebote Wirkung auch innerhalb dieser Gruppe zeigen, auch wenn die Vereinnahmung dieser Menschen durch die Organisationen eine gesellschaftliche Öffnung verzögern kann. Folglich ist der Umgang mit den Organisationen entscheidend. Ihre Behandlung unter rein sicherheitspolitischen Aspekten, die zumeist Bedrohungsszenarien verpflichtet ist und auf deren Isolation hinausläuft, kann durchaus den Entfremdungsprozess zwischen den jeweiligen Anhängern und dem Staat und der Gesellschaft im Aufenthaltsland beschleunigen. Insofern erscheint eine Strategie angebracht, die Organisationen in demokratische Strukturen einzubinden, um auch einen Wandel bei ihnen zu begünstigen.

Integration ist also mehrdimensional und bedarf flexibler Strategien, um Antworten auf die Frage „Wie gehört man dazu?“ geben zu können. Es wäre trügerisch, wollte man eine „Idealform“ von Integration, wie sie die Politik immer wieder am Beispiel der polnischen Bergarbeiter vorführt, anvisieren. Dies kann es nicht geben, allein weil aktuelle Einwanderungsprozesse anders als in der Vergangenheit verlaufen. Heute sind die Einwanderer nicht mehr von ihrem Herkunftsland abgeschnitten. Kommunikations- und Transportwege heben Grenzen auf. Die mitgebrachten Wurzeln werden bewahrt und weiter gepflegt. Daher wird es auch immer eine Kerngruppe geben, die in Gettos verbleibt. Es muss vielmehr darum gehen, diesen Kern durch gezielte Angebote so klein wie möglich zu halten. Dies kann nur gelingen, wenn Probleme, die sozialen Ursprungs sind, nicht ethnisiert werden. Denn Ethnisierung kommt gerade bei rechtsextremistischen Grup-

pen, die den Umgang mit Fremden nie gelernt haben, als verkappte Legitimation an, den „anderen“ zu verjagen. Daher sollte Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess begriffen und nicht versucht werden, sie über Ethnie oder Religion zu bewältigen.

Leitkultur nicht hilfreich

Integration kann weder aufgezwungen noch angeordnet werden, sie ist freiwillig und erfolgt vornehmlich im Alltag. Besonders wichtig ist, dass die Normalität, die jenseits der Probleme existiert, nicht ausgeblendet, sondern in den Vordergrund gerückt wird. Die Differenzen zwischen dem Inländer und dem „Inlands-Ausländer“ können gewiss nicht mit Leitkulturen überwunden werden, sondern durch die Abschaffung der Ausgrenzung und Gettoisierung in den Köpfen. Dieser Prozess ist politisch nicht steuerbar, sondern hat etwas mit Bewusstsein zu tun, mit Weltoffenheit. Politisch kann er nur von außen gestützt werden durch positiv besetzte, aktiv gestaltete Integrationskonzepte mit Signalwirkung. Dazu gehört insbesondere, dass sich politische Parteien für Migranten öffnen, und zwar nicht nur förmlich, sondern auch hinsichtlich der Nominierung von Kandidaten, damit Migranten von ihrem Recht auf politische Partizipation tatsächlich Gebrauch machen können.

Aufs Ganze gesehen muss man nüchtern sagen: Seit Jahrzehnten beschäftigen sich Politik und Gesellschaft in Deutschland rhetorisch mit dem Begriff der Integration. Erst zum Jahrtausendwechsel haben Entscheidungsträger das eigenstaatliche Interesse an Integration erkannt und scheinen ernsthaften politischen Willen dazu zu zeigen. Insofern stehen wir ganz am Anfang eines noch nicht begonnenen Prozesses. Eine Integrationskultur müssen aber alle Beteiligten – Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft – noch gemeinsam entwickeln.